



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/148 - 1.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Schäffer verlangt Unerfüllbares	S. 1
Die USA-Truppen in England	S. 3
BHE-Parteitag hinter verschlossenen Türen	S. 4
Freundschaftsdienste	S. 5

Klare Verantwortung !

Von Alfred Kubel (Niedersächsischer Finanzminister)

Die Verhandlungen zwischen dem Bundesfinanzminister mit den Ländern um die Beanspruchung eines Teiles der Ländersteuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer) zur Deckung des Bundeshaushaltes worden seit Monaten mit gleichbleibender Zähigkeit geführt.

Der Bundestag hatte - gegen die Stimmen der Opposition - dem Bundesfinanzminister 40% dieser Ländersteuern zugesprochen. Der Bundesrat hat dieses Gesetz in den Vermittlungsausschuss geschickt mit dem Ziel, einmal die Bundesregierung zu zwingen, einen klaren Haushaltsplan für 1952 vorzulegen und zum ändern zu sichern, dass durch die Ansprüche des Bundes nun nicht etwa neue Fehlbeträge in den Länderhaushalten entstehen.

Ein solcher Bundeshaushalt 1952 liegt bis heute nicht vor. Der seit Wochen als "in Kürze bevorstehend" bezeichnete Nachtragshaushalt ist weder den Parlamenten noch dem Vermittlungsausschuss zugeleitet worden. Der Bundesfinanzminister hat bisher nur seinen eigenen, vom Bundeskabinett noch nicht gebilligten, Entwurf eines Nachtragshaushaltes dem Vermittlungsausschuss als Diskussionsgrundlage überreicht.

Wenn die Verhandlungen in diesem Jahre besonders langwierig sind, so liegt das nicht zuletzt daran, dass Unerfüllbares verlangt wird. Die Finanzminister des Bundes und der Länder werden

vor die Aufgabe gestellt, nachträglich einen vom Bundeskanzler den Westalliierten zugestandenen Preis für etwas, was Adenauer für deutsche Souveränität hält, für tragbar zu erklären, ohne dass die Steuern erhöht oder unaufschiebbare, vor allem auch soziale Leistungen des Bundes und der Länder herabgesetzt werden.

Das ist nicht zu leisten! Die Warnung der Opposition vor der Übernahme der Verteidigungslasten wird in jeder Beratung des Vermittlungsausschusses praktisch unterstrichen. Je höher der Anspruch des Bundes an die Ländereinnahmen steigt, umso grösser wird die Zahl derjenigen Länder, die mit ihren Haushalten ins Defizit kommen. Wir können heute schon sagen, dass der Bundesfinanzminister die von ihm verlangten 40% kaum erreichen wird. Die Diskussion zwischen ihm und den Ländern hat längst einen zweiten Schwerpunkt ~~erhalten~~.

Es geht nicht mehr nur um die Fragen: 27 oder 32 oder 35 %? Garantie für die Länder, ihre Einnahmen aus 1951 zu behalten oder nicht? Es geht mindestens ebenso hart um das Problem: Wer soll die politischen Folgen aus der unwirtschaftlichen und unsozialen Kürzung unserer öffentlichen Haushalte zugunsten eines Verteidigungsbeitrages nach aussen hin verantworten?

Der Bundesfinanzminister geht soweit, vom Vermittlungsausschuss zu verlangen, er solle die Verantwortung für die notwendigen Streichungen an Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues, des Siedlungswesen, des Baues von Brücken und Strassen, der Unterstützung von Saniierungsgebieten und was derlei unabweisbare Aufgaben mehr sind, mit der Bundesregierung fällen.

Es geht darum, ob die Länder oder der Bund diese Kürzungen politisch tragen sollten. Und das in der Zeit, in der die Bundesregierung die Folgen ihrer Regierungskunst erneut vor den Wählern zu verantworten haben wird.

Die Länder werden im Bundesrat der Bundesregierung diesen Gefallen kaum erweisen - selbst den politisch der Bundesregierung nahestehenden Länderregierungen sitzt hier das Hemd (der Landtag) näher, als der Rock (Neuwahlen zum Bundestag).

Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung ungeteilt selber tragen. Und das zum Wohle unserer Demokratie!

Zusammenarbeit nicht immer reibungslos

B.C., London

Auf Grund von britisch-amerikanischen Staatsabkommen unterliegen die in Grossbritannien stationierten amerikanischen Soldaten nicht der Jurisdiktion der ordentlichen Gerichte, sondern in allen Fällen ihren eigenen Militärinstanzen. Auf kriminellem Gebiet hat sich eine fast reibungslose, wirksame Zusammenarbeit zwischen der britischen Orts- und der U.S.-Militärpolizei entwickelt, die den Anforderungen öffentlicher Sicherheit vollauf genügt. Das ist eine ziemlich beachtliche Leistung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere angesichts der Tatsache, dass ein hoher Prozentsatz der verbrecherischen Unterwelt Londons aus amerikanischen Deserteuren besteht, die teilweise noch aus der Kriegszeit stammen.

Ernstere Schwierigkeiten ergeben sich auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. So können beispielsweise die Mütter unehelicher Kinder von "G.I.'s" ihre Alimentationsansprüche, wenn überhaupt, nur auf einem langwierigen, häufig kostspieligen Instanzenweg geltend machen. Den Schadensersatz- und Schulforderungen britischer Gläubiger gegen amerikanische Wehrmachtsangehörige stehen ähnliche Hindernisse entgegen.

Dieser Zustand wirkt sich auch vielfach ^{zu}gunsten der Soldaten selbst aus. So bestehen, um sich zu sichern, Londoner Hotelbesitzer stets auf voller Vorausbezahlung der Zimmermiete, wenn es sich bei ihren Gästen um amerikanische Soldaten handelt. Kürzlich hat der Verband der Vermieter von Selbstfahr-Automobilen beschlossen, in keinem Falle Kraftwagen an Mitglieder des amerikanischen Militärs zu vermieten. Zwar entgeht ihnen damit ein Riesengeschäft, Sie haben jedoch im Laufe der letzten Jahre durch das rücksichtslose und ungeschickte Fahren ihrer amerikanischen Kunden soviel Schäden und Verluste erlitten, dass die Versicherungsgesellschaften in die Policen eine Klausel einfügten, die sie ausdrücklich in den Fällen von der Haftpflicht befreit, wo der beschädigte Wagen von einem Mitglied der U.S.-Wehrmacht gemietet oder gesteuert wird.

Der ganze Fragenkomplex soll jetzt von den anglo-amerikanischen Stellen neu erörtert werden.

+ + +

Niedersachsen braucht keine "Vaterländische Union"

-dt. So jung der BHE Niedersachsen ist, so reich an Tradition sind seine Parteitage: sie sind zur Zeit der Einberufung so kritisch, dass die Presse ausgeschlossen wird. Nachher stellt sich Landesvorsitzender von Kessel den Journalisten und wundert sich, dass die Presse nicht zugelassen war, es sei doch alles in schönster Harmonie verlaufen.

Es waren wie früher auch diesmal personelle Differenzen, also Machtkämpfe, die den Journalisten den Zutritt zum BHE-Parteitag in Neustadt am Rübenberge verwehrten. Und es war - diesmal unsichtbar, weil abwesend - derselbe Mann, dessen Wirken schon beim vorjährigen Parteitag in Helmstedt den Ausschluss der Öffentlichkeit ratsam erscheinen liess: Dr. Fritz Schulz, ehemals in Berlin Adjutant des weiland Reichsstudentenführers Krüger (heute SRP). Als Inhaber eines gutgehenden Sanatoriums bei Oldenburg war Schulz Finanzier des BHE-Wahlkampfes, zog im Mai 1951 in den Landtag ein und unterhielt zu allen Zeiten die besten Beziehungen zu seinen alten, neuen Freunden, zur SRP. Er strebte nach der Führung im BHE, um die ihm verhasste Koalition SPD-BHE sprengen zu können und seine Freunde von der extremen Rechten hoffähig zu machen. BHE-Landesvorsitzender von Kessel konnte zwar nicht verhindern, dass Schulz im Vorjahr zweiter Landesvorsitzender wurde, aber dank Schulzens alkoholischen Neigungen gelang es ihm, sich des unbequemen Rivalen zu entledigen. Die Angelegenheit wird zurzeit noch vom Bundesschiedsgericht des BHE behandelt, der zunächst Schulz aller Parteiämter enthob.

Schulz antwortete darauf mit Bostrebungen, in Niedersachsen eine neue Partei zu gründen. Unter dem Titel "Vaterländische Front" sollten sich, so ging das Gerücht, vier BHE-Abgeordnete, einige Abgeordnete der FDP und SRP und einige politisch heimatlose Parlamentarier, insgesamt 11 Mann, finden. Aber noch ehe die "Vaterländische Front" das Licht der Welt erblickte, musste Schulz mit Abgeordneten Schlüter, ehemals Vorsitzender der eingegangenen Deutschen Reichspartei, heute am rechten Flügel der niedersächsischen FDP, um die Führung ringen. Graf Westarp von der SRP dementierte: keiner der SRP-Abgeordneten denke daran, die Partei zu verlassen. Es könne sich höchstens um zwei Männer handeln, die die Partei ausgeschlossen hatte. Nun hat auch der BHE allen Abgeordneten - mit Ausnahme des

abwesenden Schulz - einen Rütli-Schwur abgerungen ("...stehen nach wie vor treu zum BHE...", "...sehen im Programm des BHE unser oberstes politisches Gesetz"), also auch den Parlamentariern, die im Geruch der "Vaterländischen Union" Schulzens standen. Niedersachsen dürfte also zunächst nicht zu einer "Vaterländischen Union" kommen; einmal mangels Masse, zum anderen Male mangels Einigkeit.

Selbst wenn es zu der Gründung gekommen wäre, hätte sie den Bestand der Koalition SPD-BHE-Zentrum nicht gefährden können, die heute über 89 von 149 Mandatsstimmen verfügt. Aber auch bei Absplitterung von vier BHE-Abgeordneten wäre das Stimmenverhältnis immer noch 85:64 zu Gunsten der Regierung; wer also in der imaginären "Vaterländischen Union" einen Hebel zur Änderung der unbequemen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sah, wurde enttäuscht. Der Bundesratspräsident wird weiterhin Kopf heissen. In einer Hinsicht aber könnte die "Vaterländische Union" eine Gefahr sein: sie wäre ein ideales Auffangbecken für die Rechtsradikalen, falls Karlsruhe die SRP verbieten würde. Darum dürfen solche "vaterländische" Regungen nicht unbeobachtet bleiben.

+ + +

Freundschaftsdienste

(sp) Schon häufig war es erforderlich, wenigstens die schlimmsten Einseitigkeiten im Nachrichtendienst des NWDR herauszustellen. Ein Abgehen des Nordwestdeutschen Rundfunks von dieser einseitigen Tendenz, die den Hörer seiner Nachrichtensendungen oft glauben lässt, einer Verlesung des Regierungstillotins beizuwohnen, war trotzdem bislang nicht festzustellen. Tatsächlich ist wenig Hoffnung, dass der NWDR zur Objektivität zurückfindet, so lange in seinem Bonner Studio Redakteure sitzen, die ihre persönlichen politischen Neigungen über ihre Pflicht zur unparteiischen Unterrichtung der Hörer stellen.

Der NWDR-Redakteur Schumacher-Hellmond in Bonn ist gleichzeitig Bürgermeister der FDP. Als solcher, und nicht als Journalist, fühlte er sich, als er am Donnerstag eine Meldung über ein Interview redigierte, das sein Parteifreund Dr. Schäfer der Deutschen Saarzeitung gegeben hat. Aus einem Diskussionsbeitrag zum Saarproblem wurde unter Schumacher-Hellmonds Feder ein Angriff gegen die SPD.

Man hätte vom Verantwortungsgefühl der zentralen Nachrichtenredaktion des NWDR in Hamburg erwarten können, dass sie diese Einseitigkeit wieder gutmachte. Offenbar denkt man dort aber nicht daran, Tendenzmeldungen gegen die SPD auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Der Wunsch, der Regierungskoalition Freundschaftsdienste zu erweisen, geht dem NWDR eben nach wie vor über alle Bedenken.

Verantwortlich: Peter Rappat